

Professor Stiglitz, der amerikanische Präsident Joe Biden hat sich den Klimaschutz ganz groß auf die Fahnen geschrieben. Was kann die Welt von den Vereinigten Staaten erwarten?

Wir bewegen uns in den USA ganz eindeutig in die richtige Richtung. Selbst einige Republikaner haben inzwischen erkannt, wie gefährlich der Klimawandel ist und dass man ihn dringend bekämpfen muss. Sie beschäftigen sich vielleicht noch nicht so ernsthaft damit, wie sie es tun sollten. Aber immerhin leugnen sie den Klimawandel nicht. Diese Entwicklung sehen wir nicht erst seit Joe Biden.

Donald Trump war ein Klimaschützer? Das müssen Sie erklären.

Vieles von dem, was die Vereinigten Staaten in Richtung Klimapolitik tun, geschieht in den Bundesstaaten und auf lokaler Ebene. In New York und Kalifornien gibt es zum Beispiel Klimaprogramme und auch in vielen Städten in anderen Staaten. Das war auch schon unter Donald Trump so. Und das wird auch weiterhin so sein.

Das heißt, die USA treiben den Klimaschutz schon länger voran, aber im Kleinen?

Das ist richtig. Es gibt auch eine Menge Unternehmen, die nicht auf Beschlüsse in Washington warten, sondern sich selbst Auflagen geben. Dazu zählen große Konzerne und auch die Finanzinstitute, zum Beispiel die Investmentgesellschaft BlackRock, die sich die Vorgabe gemacht hat, bis 2050 klimaneutral zu sein. Die Unternehmen haben selbst erkannt, wie wichtig das Thema ist. Sie brauchen dafür keinen Zwang aus der Politik. Gerade die internationalen Unternehmen benötigen auf dem Weltmarkt die neuesten Technologien. Und die Technologie der Zukunft ist grün.

Die USA haben gute Erfahrungen mit dem Emissionshandel für verschiedene Schadstoffe gemacht. Ist ein Emissionshandel auch der richtige Weg für CO₂?

Wir werden mehrere Instrumente brauchen, um die CO₂-Emissionen zu reduzieren. Eine Maßnahme allein wird nicht den Durchbruch bringen. Ob es in Amerika einen Emissionshandel für Kohlenstoffdioxid geben wird? Daran habe ich meine Zweifel.

Was kommt stattdessen?

Irgendeine Form von CO₂-Preis wird es geben. Im Prinzip gibt es ja jetzt schon einen: die Benzinsteuern. Vermutlich wird künftig aber mehr darunterfallen. Kurzfristig wird der Schwerpunkt darauf liegen, einen wirksamen Kohlenstoffpreis durch Regulierung zu erzielen. Und durch öffentliche Investitionen, die sich an einem Kohlenstoffpreis orientieren. Eine der ersten Anordnungen des Präsidenten war, das Konzept der „social costs of carbon“ zu definieren, der sozialen Kosten von Kohlenstoff. Dabei werden die Schäden berechnet, die der Ausstoß von einer Tonne CO₂ für das Wohlergehen der Menschen anrichtet. Alle Vorschriften und alle öffentlichen Investitionen sollen sich daran orientieren. Jetzt geht es darum, dafür zu sorgen, dass dieser Preis hoch genug ist.

Dieser Ansatz beschränkt sich auf die Vereinigten Staaten. Werden nationale Regelungen im Kampf gegen den Klimawandel reichen?

Nein, es muss internationale Vereinbarungen geben. Wir brauchen einen globalen Kohlenstoffpreis. Das kann eine Steuer, ein Preis oder die entsprechende Regulierung sein.

Schwer vorstellbar, dass alle Staaten dabei mitmachen werden.

Über eine Sache muss man sich im Klaren sein: Solange verschiedene Länder unterschiedliche Methoden der CO₂-Bepreisung haben, wird es auch eine Kohlenstoff-Arbitrage geben.

Das heißt?

Unternehmen können ihre Produktion von einem Ort mit hohen CO₂-Preisen und strengen Vorschriften an einen anderen Ort mit günstigeren Preisen und laxeren Vorschriften verlagern, um so einen finanziellen Vorteil zu erlangen. Das muss aufhören.

Wie lässt sich das unterbinden? Staaten haben einen Anreiz, den Preis für Kohlenstoff niedrig zu halten, wenn sie damit Unternehmen anziehen.

Man wird einen Grenzausgleich brauchen. Aber nicht für alle Länder flächendeckend, sondern nur für die Länder, die aktiv Kohlenstoff-Arbitrage betreiben und versuchen, Unternehmen mit geringen CO₂-Preisen und laxen Vorschriften anzuziehen. Die meisten multinationalen Unternehmen werden sich von solchen Ländern ohnehin nicht locken lassen, denn das hätte Folgen für ihren Ruf. Aber andere schon. Deshalb müssen wir diese Praxis bekämpfen. Mit der Kohlenstoff-Arbitrage ist es wie mit der Steuer-Arbitrage. Es gibt kein einheitliches globales Steuersystem, das verursacht hohe Kosten. Deshalb müssen wir gegen die Steuerparadiese vorgehen.

Klimawissenschaftler kritisieren, dass wir zu viel über die Kosten des Klimaschutzes reden. Aber der Klimaschutz kostet nun mal Geld – und irgendwer muss den Preis am Ende zahlen.

Ich stimme den Klimaforschern zu. Die Frage ist doch: Was ist die realistische Alternative? Was passiert, wenn wir die notwendigen Maßnahmen nicht ergreifen? Wir müssen in der Diskussion auch immer die richtige kontrafaktische Situation wählen. Wir würden vielleicht gerne so tun, als gäbe es den Klimawandel

nicht, als müssten wir nichts dagegen tun und auch keinen Preis zahlen. Aber er ist nun mal ein Teil dieser Welt. Und wenn wir nichts tun, werden wir ohnehin einen hohen Preis zahlen müssen. Wir zahlen ihn schon jetzt.

Können Sie das beziffern?

In den Vereinigten Staaten zahlen wir jedes Jahr 1,5 bis 2 Prozent der Wirtschaftsleistung für die Schäden des Klimawandels – für Überschwemmungen, Waldbrände, Wirbelstürme, Dürren, Kälteperioden. Und dann sind da

noch die Menschen, die an der Umweltverschmutzung sterben. Und wenn wir nur mal in die nähere Zukunft schauen: Der Meeresspiegel steigt an, extreme Wetterereignisse nehmen zu – da sind die Kosten des Nichtstuns wirklich enorm. Klimaschutz heißt, Geld zu sparen, und nicht, Geld auszugeben. Das gilt umso mehr, wenn man bedenkt, dass die Investitionen in grüne Energie eine dynamische Kraft entwickeln können. Wir können von Klimaschutz auch enorm profitieren.

Trotzdem werden erst mal Kosten anfallen. Autofahren dürfte teurer werden, Heizen auch. Gerade Menschen mit niedrigen Einkommen könnte das hart treffen.

Natürlich müssen wir sicherstellen, dass wir die grüne Transformation so finanzieren, dass sie möglichst sozial gerecht ist. Das Steuersystem in den Vereinigten Staaten ist zum Beispiel bei Weitem nicht so progressiv, wie es sein sollte. Die Spitzenverdiener zahlen einen viel geringeren Anteil ihres Gesamteinkommens als die ärmeren Menschen. Das



Joseph Stiglitz, 78, ist einer der einflussreichsten Ökonomen der Welt. Der Amerikaner lehrt an der Columbia University in New York.

Foto Marmara/Le Figaro/Laif

müsste man erst mal ändern. Aber leider sind diejenigen, die am meisten unter den Folgen des Nichthandelns leiden, auch die Einkommenschwächsten, weil sie an Orten leben, wo sie den extremsten Wetterereignissen ausgesetzt sind, weil die Umweltkatastrophen sie schon getroffen haben und sie nicht versichert waren. Deshalb erinnere ich noch mal an die richtige kontrafaktische Situation: Der Klimawandel ist da. Wir können ihn nicht per Gesetz abschaffen.

Gerade nehmen die Staaten schon viel Geld in die Hand, um die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie abzumildern. Ist das der richtige Zeitpunkt für Klimainvestitionsprogramme?

Wenn man sie richtig gestaltet: Ja! Ich habe mit einer Gruppe von Oxford-Ökonomen rund um Nicholas Stern und Cameron Hepburn gerade zu der Frage geforscht, und wir kommen zu dem Schluss, dass man Geld auf eine Weise ausgeben kann, die den Nutzen verdoppelt oder verdreifacht. Das bedeutet, dass das Geld, das man für die Bewältigung der Pandemie ausgibt, gleichzeitig wirksam für die Bekämpfung des Klimawandels sein kann. Das eine schließt das andere nicht aus. Ganz grundsätzlich muss man aber sagen: Es ist gerade die Stunde der Fiskalpolitik! Die Geldpolitik allein wird es nicht schaffen, ausreichend zur Erholung beizutragen. Das hat schon vor einigen Jahren in der Eurokrise nicht funktioniert, und das wird jetzt erst recht nicht klappen.

Staatliche Ausgabenprogramme sind allerdings nicht grenzenlos möglich. In der EU gibt es im Maastricht-Vertrag zum Beispiel eine Defizitobergrenze von maximal 3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts, also der jährlichen Wirtschaftsleistung. Und der Schuldenstand insgesamt sollte eigentlich die Grenze von 60 Prozent der Wirtschaftsleistung nicht überschreiten.

Diese Regeln müssen sich natürlich ändern. Sie sind in meinen Augen noch nie sinnvoll gewesen. Schon der offizielle Name Stabilitäts- und Wachstumspakt ist Quatsch. Ich nenne ihn immer den Instabilitäts- und Nichtwachstumspakt. Die Kriterien haben dazu geführt, dass die EU auseinanderdriftet statt zusammenwächst. Man könnte diese Regeln stattdessen durch eine „grüne Regel“ ersetzen. Wenigstens die Ausgaben, die auf die grüne Transformation ausgerichtet sind, könnten von dieser Obergrenze für das Haushaltsdefizit von maximal 3 Prozent im Jahr ausgenommen werden. Was wir nicht vergessen dürfen: Es gab nie eine inhaltliche Begründung für diese Grenze. Die Zahl wurde einfach aus der Luft gegriffen.

Was wäre die Alternative?

Ich habe dazu Anfang des Jahres zusammen mit Peter Orszag und Bob Rubin vom konservativen Flügel der Demokratischen Partei in Amerika einen Aufsatz geschrieben. Unsere zentrale Botschaft lautet, dass in der aktuellen Situation solche aus der Luft gegriffenen Fiskalregeln absolut keinen Sinn ergeben. Die Unsicherheit ist groß, angesichts der Pandemie und des Klimawandels. Europa muss seinen Ansatz für solide öffentliche Finanzen verfeinern.

Die EU-Defizitregeln lassen sich nur mit der Zustimmung der Mitgliedstaaten ändern – und zumindest in Deutschland gibt es dafür aktuell keine demokratische Mehrheit.

Die Menschen in Deutschland werden sich der Realität stellen und sich fragen müssen, was ihnen wichtiger ist: die grüne Transformation oder irgendwelche Haushaltsregeln, die weder theoretisch noch empirisch zu rechtfertigen sind. Warum passt man die bestehenden Haushaltsregeln nicht hin zu einer grünen Regel an und nimmt Investitionen in den grünen Wandel von den Grenzen aus? Das klingt wie eine Quadratur des Kreises, aber es könnte gelingen. Nur muss man dann von institutioneller Seite dafür sorgen, dass die Regel auch eingehalten wird und die Investitionen, die nicht grün sind oder keine angemessene Rendite abwerfen, eben nicht von der Begrenzung ausgenommen werden. Politisch lässt sich diese Aussicht gut verkaufen. Aber ob sie realistisch ist? Wenn ich mit Menschen in Deutschland spreche, habe ich den Eindruck, dass sie sich große Sorgen um die grüne Transformation machen. Das ist eine existenzielle Frage. Und daran führt kein Weg vorbei.

Das Gespräch führten Maja Brankovic und Philipp Krohn.

„Klimaschutz heißt, Geld zu sparen“

Wirtschaftsnobelpreisträger Joseph Stiglitz beziffert die Kosten der Erderwärmung, lobt die amerikanische Klimapolitik und schimpft über die Schuldenregeln der Europäischen Union